FDP Friedberg

KINDERBETREUUNG IN ZEITEN VON CORONA – „DER MAGISTRAT MUSS EINE SCHNELLE LÖSUNG FÜR ELTERNBEITRÄGE BEI AUSFALLENDER KINDERBETREUUNG FINDEN.“ – SOZIALE ASPEKTE MÜSSEN NACH AUFFASSUNG DER FDP FRIEDBERG IN DER AKTUELL EXTREMEN LAGE UNBEDINGT BEACHTET WERDEN.

27.03.2020

Die FDP-Fraktion in der Stadtverordnetenversammlung und der Ortsverband der FDP in Friedberg schlagen vor, dass die der Magistrat zeitnah eine Lösung aufzeigt, wie mit Elternbeiträgen für Betreuungseinrichtungen umgegangen werden soll. Derzeit seien Eltern vielfach mit der Situation konfrontiert, evtl. Einkommenseinbußen auf Grund von Kurzarbeit, Arbeitslosigkeit oder Wegfall von Unternehmereinkünften hinnehmen zu müssen. Zudem müssten Sie einen erheblichen persönlichen Aufwand betreiben, um die Kinderbetreuung und Arbeit miteinander in Einklang zu bringen.

Gleichzeitig seien derzeit die Betreuungsbeiträge weiter zu zahlen. „Den Eltern muss hier schnell eine angemessene Lösung seitens der Stadt Friedberg präsentiert werden. Das betrifft vor allem die Eltern, die nicht von einer Befreiung von Gebühren profitieren, sondern diejenigen, die knapp über den Bemessungsgrenzen liegen und die von deutlichen Einkommensausfällen betroffen sind. Hier sollte daran gedacht werden, die Beiträge zu erlassen“, so der Friedberger FDP-Fraktionsvorsitzende Achim Güssgen-Ackva. Neben den Eltern sollte die Stadt auch an Unternehmer denken, die Dienstleistungen in den Betreuungseinrichtungen erbringen oder die selbst Betreuungseinrichtungen betreiben. „Auch diese Unternehmen sehen sich mit erheblichen

Abgerufen am 26.11.2026 unter https://fdp-friedberg-hessen.net/?p=500

Einnahmeausfällen konfrontiert, zudem widerrufen Eltern derzeit vermehrt Einzugsermächtigungen, womit die Schwierigkeiten noch verstärkt werden. Auch hier sollte die Stadt Friedberg finanzielle Hilfe anbieten, wo notwendig“, ergänzt Helge Müller, Vorstandsmitglied der FDP Friedberg. „In allen Fällen sollte eine unbürokratische Lösung gefunden werden, um Antragsteller nicht abzuschrecken und die Mitarbeiter der Stadt nicht zu überlasten, damit eine finanzielle Hilfe auch unmittelbar wirksam werden kann“, betont Markus A. Schmidt, stellvertretender Vorsitzender der FDP Friedberg. Es sollten die Hilfen nicht erst nach einem langwierigen Prüfverfahren zu Weihnachten ausgezahlt werden. Wichtig seien dabei direkte finanzielle Erleichterungen wie in Einzelfall Beitragsverzicht gegenüber Eltern und direkte Zahlungen an Betreuungsträger und verbundene Dienstleister, Betragsstundungen und Kredite helfen hier nicht. In einer derart extremen Situation wie der aktuellen sind nach Auffassung der FDP-Vertreter schnelle und unbürokratische Wege einzuschlagen.

Abgerufen am 26.11.2026 unter https://fdp-friedberg-hessen.net/?p=500